

BRIEFE AN DIE REDAKTION

in die Gruppe weitgehend integriert ist.“ Bedeutet Punkt 1) der obigen Zuschrift, daß Herr Werner urplötzlich aus der Gruppe ausgestoßen ist, oder soll er nur ein wenig denunziert werden?

Zu 2.) Unter den von Dr. Kater mitgeteilten Fachrichtungen befand sich kein Orthopäde; außerdem wurden in dem Bericht nur sechs von acht Fachrichtungen aufgezählt. Die von Dr. Kater angekündigte Erweiterung des Ärzteteams erwies sich bei einer Nachprüfung als unrichtig.

Zu 3.) Die Information, daß das Gesundheitszentrum Gropiusstadt über „zwei Psychologinnen, eine Psychagogin und zwei Sozialarbeiter verfügt“ gab Dr. Kater telefonisch am 12. 8. 1976; eine Berichtigung erfolgte in den beiden nachfolgenden Telefongesprächen nicht.

Karl-Heinz Wenzel
Ahornallee 22
1000 Berlin 19



Als Pressesprecher der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin nehme ich zu dem Schreiben der Ärzte im Gesundheitszentrum Gropiusstadt zu den einzelnen Punkten wie folgt Stellung:

Zu 1.) Die Ärzte haben expressis verbis erklärt, daß eine ordnungsgemäße Betreuung der Versicherten nur durch eine Gemeinschaft von Ärzten erfolgen könne. Erst nachdem sie durch die KV Berlin belehrt worden waren, daß eine Gemeinschaftspraxis fachübergreifend (etwa in Form eines Vereins) nicht möglich sei, stellten die einzelnen Ärzte einen Antrag auf Einzelzulassung.

Zu 2.) Es ist zutreffend, daß ein Facharzt für Orthopädie ab 1. 7. 1976 und ein weiterer Facharzt für Orthopädie ab 1. 10. 1976 zugelassen sind.

Zu 4.) Die Kassenärztliche Vereinigung Berlin hat mehrfach erklärt,

daß Umsatzgarantien nur nach den hier beschlossenen Richtlinien gegeben werden können. Auf Grund dieser Richtlinien hat die Kassenärztliche Vereinigung Berlin ihre Bereitschaft erklärt, in vier Fällen und für eine weitere Gemeinschaftspraxis jeweils eine Umsatzgarantie zu gewähren. Wie in jedem anderen Fall mußte auch hierbei geprüft werden, ob der betreffende Kassenarztsitz dringlich zu besetzen war.

Zu 5.) Es ist zutreffend, daß die KV Berlin erst nach monatelangen Verhandlungen eine Mietausfallbürgschaft zugesagt hat. Ursächlich für den langen Zeitraum waren die Nichtvorlage einer ordnungsgemäßen Wirtschaftlichkeitsberechnung sowie die Ablehnung einer Haftung durch die einzelnen Ärzte.

Zu 7.) Bisher habe ich noch nicht mehrere Artikel — auch nicht polemischer Art — über das Gesundheitszentrum geschrieben. Einzig vom Pressesprecher der KV Berlin wurde eine Erwiderung auf einen Artikel in der Zeitschrift „Der Deutsche Arzt“ veröffentlicht. Außerdem möchte ich erwähnen, daß ich den Ärzten und Projektoren des Gesundheitszentrums Gropiusstadt in einer von mir arrangierten Pressekonzferenz am 28. 5. 1975 — an der auch die bekannte Medizinjournalistin Rosemarie Stein teilgenommen hatte — Gelegenheit gegeben habe, ihre Vorstellungen der Berliner Presse darzulegen. Irrendwelche Aktivitäten gegen das Gesundheitszentrum Gropiusstadt sind weder von mir persönlich noch von der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin gestartet worden. Über die Vorstellungen der deutschen Ärzteschaft zu diskutieren würde sicher hier zu weit führen. Aber es ist auch zu bedenken, inwieweit die Benutzung einer einzigen „Krankenakte“ der ärztlichen Schweigepflicht unterliegt.

Zu 8.) Die Verträge mit den Krankenkassen sehen ebenfalls eine individuelle Behandlung der Patienten vor.

Im übrigen danke ich für die auf diesem Wege übermittelte Einladung zum Besuch des Gesundheitszentrums und werde dieser so bald wie möglich gern Folge leisten.

Kassenärztliche Vereinigung Berlin
Dr. med. Sundermann
Bismarckstraße 95/96
1000 Berlin 12

ECHO

Zu: „Erwartungen am Beginn der neuen Legislaturperiode“ von Dr. Hans Wolf Muschallik in Heft 41/1976, Seite 2537

Phase der Mäßigung

„Eine Phase der Mäßigung und damit der Konsolidierung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens scheint Hans Wolf Muschallik, dem Vorsitzenden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), fällig zu sein. In einem Referat vor der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, dessen Text das DEUTSCHE ÄRZTEBLATT in seiner jüngsten Ausgabe veröffentlicht, richtete Muschallik fünf Forderungen an den soeben gewählten Bundestag und die neue Bundesregierung: Alle ihre Maßnahmen sollten das System der gegliederten gesetzlichen Krankenversicherung erhalten; das medizinisch und wirtschaftlich leistungsfähige System der Sicherstellung der kassenärztlichen Versorgung durch freipraktizierende Ärzte erhalten; den Handlungsspielraum der Selbstverwaltung ausbauen, alle gesetzlichen Vorhaben unterlassen, die einen neuen Kostenschub zur Folge haben könnten und vor allem die Kosten der Krankenversicherung der Rentner nicht ... der Krankenversicherung aufbürden ...“

(Frankfurter Rundschau)